

NPD

Karlsruhe auf altem Kurs

Im NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht gibt es Anzeichen dafür, dass die aus der Bespitzelung der Neonazis durch V-Männer entstandenen Probleme gelöst werden können. In einer den streitenden Parteien vorab zugesickten „Gliederung“ zu einem „Erörterungstermin“, der für Dienstag dieser Woche anberaumt worden ist, orientieren sich die Karlsruher Richter jetzt stark an den schriftlichen Argumenten der Prozessvertreter von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag. Wegen der Befürchtung, der Verfassungsschutz würde über die V-Leute belastendes Material selbst erzeugen oder die NPD gar steuern, hatten die Richter Anfang des Jahres das ganze Verfahren in Frage gestellt.

Bei der Erörterung soll nun vor allem das „Geheimhaltungsinteresse“ berücksichtigt werden, auf das sich die Verfassungsschutzämter zur Abwehr detaillierter Auskünfte über V-Leute berufen. Anschließend wollen sich die Richter der so genann-



Neonazi-Demonstration (2001 in Göttingen)

ten Zurechenbarkeit des V-Mann-Verhaltens widmen, also dem Argument der Antragsteller, die vom Verfassungsschutz angeheuerten Spitzel seien „Fleisch vom Fleische der NPD“ und damit auch deren Äußerungen und Pamphlete der Partei anzulasten. Mit dieser generellen Einordnung käme es auf die Frage, welche der in den Verbotsanträgen zitierten Personen V-Männer sind, gar nicht mehr an – eine namentliche Enttarnung ließe sich so vermeiden.

Karlsruhe scheint damit auf den alten Kurs einzuschwenken, der Weg zu einem Verbot der NPD wieder offen zu sein.

DIPLOMATIE

Wahlhilfe aus Madrid?

Der Rauswurf des deutschen Botschafters in Madrid, Joachim Bitterlich, hängt vermutlich mit dessen Zuarbeit für den CDU-Schattenaußenminister Wolfgang Schäuble im Bundestagswahlkampf zusammen. Aus einem Brief Bitterlichs an Schäuble geht hervor, dass der langjährige Sicherheitsberater von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) den Unionsmann in Europa-Fragen beriet – und dabei durchaus parteilich war. Ein Schreiben auf dem offiziellen Briefbogen des Botschafters vom 5. September endet mit dem handschriftlichen Zusatz: „Aus der Ferne kann ich leider nur Daumen drücken.“ Der 54-Jährige wurde vergangenen Dienstag in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Wie bei politischen Beamten üblich, gab es keine Begründung. Bitterlich selbst hält seinen Briefverkehr mit Schäuble für einen „ganz normalen Vorgang“.

Bitterlich

Er sei schließlich der Botschafter der ganzen Bundesrepublik und habe lediglich auf Bitten eines französischen Abgeordneten ein Papier an Schäuble weitergeleitet. Tatsächlich dürfte der Brief aber nur der letzte Anlass für den Rauswurf gewesen sein. Auch schon in Brüssel, wo Bitterlich Ende der neunziger Jahre Nato-Botschafter war, hatten Getreue Joschka Fischers den CDU-Freund in Verdacht, gezielt gegen Rot-Grün zu agitieren. Nachfolger Bitterlichs in Madrid soll nun der derzeitige Vertreter Deutschlands in Chile, Georg Dick, werden. Der Fischer-Intimus sehnte sich schon länger nach einer Verwendung, die ihn der Heimat näher bringt.



MARC DARCHINGER

FINANZEN

Struck gegen Mathiopoulos

Verteidigungsminister Peter Struck dreht einem Forschungsinstitut der umtriebigen Politologin Margarita Mathiopoulos (FDP) den Geldhahn zu – noch ehe es die Arbeit aufgenommen hat. Der Sozialdemokrat lehnt den Wunsch der Rüstungslobbyistin ab, aus dem Wehretat jährlich 250 000 Euro an ihr „Zentrum für transatlantische Sicherheit und Militärfragen“ in Potsdam zu überweisen, das sein Vorgänger Rudolf Scharping im März mit viel Medienrummel aus der Taufe gehoben hatte. Mathiopoulos beruft sich dabei auf ein „Wort“ Scharpings – und beteuert deshalb unverdrossen, das Institut werde diese Woche eine vom Land Brandenburg gesponserte Villa beziehen und mit der Arbeit beginnen. Die Professorin, Ehefrau des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedbert Pflüger, hatte 1987 fragwürdige Berühmtheit erlangt, als SPD-Chef Willy Brandt zurücktrat – kurz nachdem sein Versuch gescheitert war, sie zur Pressesprecherin zu küren. Im Juli dieses Jahres erregte sie abermals Aufsehen, als sie bei FDP-Chef Guido Westerwelle als Beraterin anheuerte. Struck sieht für eine „Grundfinanzierung“ des Potsdamer Instituts aus dem Wehretat „keine rechtliche Basis“. Immerhin, für eine von Mathiopoulos geplante Veranstaltung mit dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger will er „technische Hilfe“ anbieten.

Mathiopoulos, Scharping



KLAUS MEHNER / BERLINPRESS